

## Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

### Kommunale Fehlspekulationen

„Ein Griff in die Kläranlage“

**Da hat sich die Gier, die von den globalen Finanzzentren ausgeht, bis in die Provinz entfaltet: Ein kommunaler Zweckverband aus der Oberpfalz hat sich mit hochbrisanten Geschäften auf den internationalen Märkten verspekuliert.**

Zum Bau und Betrieb einer Kläranlage bedarf es eigentlich keiner Kenntnisse in höherer Finanzmathematik und Spekulationspsychologie. Einen anderen Eindruck müssen hingegen die Bürger von fünf Gemeinden in der Oberpfalz haben, die zum „Abwasserzweckverband Pfattertal“ gehören. Durch risikoreiche Finanzierungsmodelle, Wertpapierkäufe und Termingeschäfte sind bei einem Tochterunternehmen des Zweckverbands Verluste entstanden, die nach einer - noch nicht abschließenden - Bewertung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands sich auf etwa sieben Millionen Euro belaufen.

Es sind Verluste, für die letztlich die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbands haften - mit den klingenden Namen Alteglofsheim, Köfering, Mintraching, Obertraubling und Thalmassing. Wie es kam, dass sich Kommunalpolitiker, die sonst darum ringen, ob ein Schützenverein mit fünfhundert Euro unterstützt wird, zu Geschäften verleiten ließen, die auch gestandenen Finanzexperten den Schweiß auf die Stirne hätten treiben können, ist in dem Bericht des Prüfungsverbands, der als öffentlich-rechtliche Körperschaft eine Art Rechnungshof der Kommunen ist, nachgezeichnet. Auch eine Bürgerinitiative, die sich nicht damit abfinden will, dass die Gebühren, die der Zweckverband erhebt, kräftig gestiegen sind - im vergangenen Jahr von 2,60 auf 3,89 Euro je Kubikmeter Abwasser -, ist um Aufklärung bemüht.

#### **Ein Beratungsunternehmen entwickelte ein wundersames Konzept**

Im Pfattertal kreuzten sich in den neunziger Jahren zwei Entwicklungen: der Glaube, die Privatisierung kommunaler Unternehmen sei ein Königsweg effizienter und kostengünstiger Daseinsvorsorge - und die Gier, die von den globalen Finanzzentren aus ihre ansteckende Wirkung bis in die Provinz entfaltete. 1998 wurde im Pfattertal der Abwasserzweckverband in ein Unternehmenskonglomerat verwandelt, mit schwer durchschaubaren organisatorischen und personellen Verbindungen. Der Zweckverband wurde auf hoheitliche Aufgaben beschränkt, darunter die Festsetzung der Beiträge und Gebühren. Ein Kommunalunternehmen (Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbands zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal, VBA) übernahm das „Finanzmanagement“. Der Betrieb und Unterhalt der Kläranlage wurde einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Betriebs- und Sanierungsgesellschaft für

kommunale Dienstleistungen mbH Mintraching, BSM) übertragen. Eine 2005 gegründete Aktiengesellschaft (KSE AG) wurde schließlich mit der Trocknung und Verwertung des Klärschlammes beauftragt.

Schon 1999 jedoch, als der Zweckverband einen größeren Investitionsbedarf feststellte, entwickelte ein Beratungsunternehmen ein Konzept, das eine wundersame Geldvermehrung versprach. Die VBA nahm bei einer Bank Kredite in einer Gesamthöhe von 25,6 Millionen Euro auf; davon wurden 23 Millionen Euro in einen eigens von der Bank aufgelegten Fonds gegeben, mit dem Ziel, eine über die Kreditzinsen hinausgehende Rendite zu erwirtschaften. Ein Plan, der offenbar dem Kasino-Zeitgeist entsprach, der damals in der Finanzwirtschaft zu herrschen schien.

### **Das bayerische Innenministerium hätte aufhorchen müssen**

Eine zunächst an dem Geschäft interessierte Bank hatte nach einer Prüfung des Konzepts zwar abgewunken; die Bedingungen an den Aktien- und Kapitalmärkten seien „nicht optimal“ für ein solches Finanzkonstrukt, zumal beträfen die Verlustrisiken öffentliche Gelder. Doch eine Geschäftsbank zeigte weniger Skrupel, winkten doch Zinseinnahmen aus den Krediten; die Verträge wurden 1999 geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt bestand eine personelle Konstellation, die das bayerische Innenministerium, das an Vorgesprächen beteiligt war, hätte aufhorchen lassen müssen: Der Vorsitzende des Zweckverbands, ein Kommunalpolitiker aus einer der Mitgliedsgemeinden, war in Personalunion Vorstandsvorsitzender der VBA und Verwaltungsratsvorsitzender der VBA.

Das Geschäft nahm seinen Lauf - und der Kommunalpolitiker wurde für seine Findigkeit gerühmt; noch 2007 wurde er vom Regensburger Landrat Herbert Mirbeth als „Pionier, der sich nicht den Mut nehmen lässt“, gefeiert. Das Fondsvermögen wurde überwiegend in Rentenspapieren angelegt, ergänzt durch Investitionen in Aktien, Optionen und Derivate. Die Gewinnerwartungen erfüllten sich nicht; nach den Feststellungen des Prüfungsverbands mussten die Auszahlungen aus Ertragsausschüttungen und Anteilsverkäufen überwiegend für den Schuldendienst verwendet werden. Mittel für Anlageinvestitionen habe der Fonds nicht erwirtschaftet.

### **Ermittlungen gegen den ehemaligen Vorsitzenden wegen Untreue**

Eine andere Bewertung nimmt immer noch der Zweckverband vor: Das Finanzierungskonzept in Form eines mündelsicheren Fonds habe es ermöglicht, das gesamte Verbandsgebiet zur Abwasserbeseitigung zu erschließen. Dafür seien 45 Millionen Euro investiert worden. Der Zweckverband will den Ausbau des Kanalnetzes forciert haben, weil Gefahr im Verzug war - die Gefahr des Subventionsverlusts: Es sei bekannt gewesen, dass von 2008 an die Zuschüsse für derartige Baumaßnahmen verringert werden würden. Die im Zusammenhang mit dem Ausbau entstandenen Schulden gibt der Zweckverband mit 26,7 Millionen Euro an; es gebe eine „reelle Chance“, dass sie in 20 bis 25 Jahren getilgt seien.

2005 versuchte der damalige Vorsitzende des Verwaltungsrats der VBA nach den Feststellungen der Prüfer eine Flucht nach vorne. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft Regensburg mittlerweile wegen des Anfangsverdachts der Untreue. Es wurden Anteile des Fonds in einer Höhe von fünf Millionen Euro veräußert, und mit dem Erlös nahm der Verwaltungsratsvorsitzende spekulative Wertpapiergeschäfte auf. In dem Prüfungsbericht ist von mehreren hundert Einzelgeschäften die Rede, mit einem Gesamtvolumen im zweistelligen Millionenbereich. Überwiegend sei mit Aktienanleihen und Indexanleihen gehandelt worden,

aber auch Währungsoptionsgeschäfte seien getätigt worden - Geschäfte, die insbesondere nach den Kurseinbrüchen an den internationalen Börsen 2008 zu hohen Verlusten geführt hätten. Auch beim Desaster der Hypo Real Estate war die VBA dabei. Im Januar 2008 wurden Aktien der Bank im Wert von 344.000 Euro gekauft, für die im Oktober 2009 noch 16.000 Euro Erlöst wurden.

### **Ein mehr als fragwürdiges Modell**

Das Fazit der Prüfer ist vernichtend: Das Modell eines kreditfinanzierten Fonds sei „von Anfang an wirtschaftlich fragwürdig“ gewesen; der Ankauf von spekulativen Wertpapieren sei kommunalrechtlich unzulässig gewesen. Zusätzlich habe die VBA in den Jahren 1999 bis 2009 mit drei Banken zahlreiche Finanztermingeschäfte abgeschlossen, die auch zu Verlusten geführt hätten, deren Höhe noch nicht abschließend zu beurteilen sei. Auch habe ein funktionierendes Berichts- und Kontrollwesen offenbar nicht existiert.

Wie es um die Kontrolle in diesen Jahren gestanden haben muss, lässt sich unschwer ahnen: Im Verwaltungsrat saßen die Bürgermeister der Verbandsgemeinden und weitere Kommunalpolitiker. Es wäre sicher spannend gewesen, im Jahr 2003 dabei gewesen zu sein, als der Verwaltungsrat der VBA beschloss, das von einer Geschäftsbank ins Spiel gebrachte Modell eines „doppelt geleveragten Schweizer Franken Carry-Swap mit anschließender Cap-Vereinbarung auf 3-Monats-Euribor-Basis“ abzuschließen. Welche finanziellen Verheißungen den Kommunalpolitikern wohl vor Augen standen? Und welche Risiken?

► **Fundstelle:**

**FAZ.NET** vom 14. August 2010